

## **Große Anfrage der Fraktion der CDU**

### **Welchen Stellenwert hat die bremische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für den Senat Bovenschulte?**

Die Rückkehr des Krieges nach Europa macht es notwendig, den sicherheits- und verteidigungspolitischen Fokus wieder auf Abschreckung sowie Landes- und Bündnisverteidigung zu richten, um den Frieden in Deutschland und Europa aus eigener Kraft zu sichern. Noch dringlicher wird dies durch den Amtsantritt und die Politik der neuen US-Administration. Der rasant gestiegene Bedarf an militärischen Gütern, Dienstleistungen und Innovationen steht im Kontrast zur Friedensdividende der vergangenen Jahrzehnte. Es geht um eine schnelle Wiederherstellung der Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit sowie die eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der NATO (North Atlantic Treaty Organization). Hierfür bedarf es einer leistungsfähigen deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI), denn diese spielt eine essenzielle Rolle für die Ausrüstung der Bundeswehr und der deutschen Sicherheitsbehörden. Die Bundesregierung hat am 4. Dezember 2024 die Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie beschlossen. Diese verfolgt das Ziel, eine robuste zukunfts- und leistungsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland und der Europäischen Union zu erhalten, einen europäischen Markt für Verteidigungsgüter und -dienstleistungen zu schaffen, Produktionskapazitäten schnell zu erhöhen und grenzüberschreitende Rüstungsk Kooperationen zu fördern. Die dafür notwendigen, deutlich höheren Finanzmittel des Bundes werden nach der von Union und SPD mit Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angestrebten Grundgesetzänderung aller Voraussicht nach zur Verfügung stehen.

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) stellt eine Querschnittsbranche dar. Häufig unterhalten Unternehmen sowohl einen zivilen als auch einen militärischen Produktionszweig. Dual-Use-Anwendungen sind in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie eher die Regel als die Ausnahme. Im Jahr 2022 erwirtschaftete die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie einen jährlichen Umsatz von über 47 Milliarden Euro mit 387 000 direkt Beschäftigten. Davon entfielen knapp 31 Milliarden Euro beziehungsweise rund direkt 105 000 Beschäftigte auf die Teilbranche der Verteidigungsindustrie und knapp 17 Milliarden Euro

beziehungsweise knapp direkt 282 000 Beschäftigte auf die Teilbranche der Sicherheitsindustrie. Kleine und mittlere Unternehmen tragen zu rund 40 Prozent zur Wertschöpfung in der Branche teil und beschäftigen rund die Hälfte aller dort Erwerbstätigen. Das Land Bremen beherbergt mit Airbus, OHB, Rheinmetall, Atlas Elektronik sowie der NVL Group Unternehmen, die im Bereich der Verteidigungstechnik führend sind. Hinzu kommen ein breit gefächertes industrieller Mittelstand sowie innovative Start-ups. Diese Unternehmen gilt es bestmöglich dabei zu unterstützen, mit innovativen und skalierbaren Produkten und Dienstleistungen zu einer glaubwürdigen Abschreckung und einer effektiven Landes- und Bündnisverteidigung beizutragen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger im Land Bremen, in Deutschland und Europa weiter ein Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit führen können.

Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch schätzt der Senat den Umsatz, die Bruttowertschöpfung und die Zahl der Beschäftigten in der (militärischen) Verteidigungsindustrie sowie in der (zivilen) Sicherheitsindustrie im Land Bremen?
2. Wie hoch schätzt der Senat den Anteil der bremischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) an Umsatz, Wertschöpfung und Zahl der Beschäftigten der Branche deutschlandweit?
3. Wie hoch schätzt der Senat den regionalwirtschaftlichen Effekt sowie die Steuereinnahmen für den Stadtstaat Bremen, die aus der wirtschaftlichen Tätigkeit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im Land Bremen direkt und indirekt resultieren?
4. Welche Bedeutung haben die Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie der Bundesregierung vom 4. Dezember 2024 in Verbindung mit der Einigung in den Sondierungsgesprächen zwischen Union und SPD vom 4. März 2025 auf Bundesebene, Verteidigungsausgaben des Bundes von mehr als einem Prozent der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt [BIP]) von den Regeln der Schuldenbremse auszunehmen für den SVI-Standort Bremen sowie für die Politik des Senats?
5. Welche Auswirkung erwartet der Senat durch die in der Strategie beschriebenen Maßnahmen (beispielsweise im Hinblick auf die Definition verteidigungsindustrieller Schlüsseltechnologien, die finanziellen Rahmenbedingungen und die Fachkräftesicherung) sowie die Sondierungsergebnisse zwischen Union und SPD auf Bundesebene auf die Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im Land Bremen?
6. Wie bewertet der Senat die Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Entwicklungsmöglichkeiten der Sicherheits- und

Verteidigungsindustrie im Land Bremen? Wie unterstützt und fördert er diese?

- a) Inwiefern gelten für Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie beziehungsweise für die Unternehmen aus der Teilbranche der (militärischen) Verteidigungsindustrie gesonderte „Regeln“ bei der Vergabe von Gewerbeflächen im Land Bremen?
  - b) Welche Ansiedlungs- und Erweiterungsabsichten von Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im Land Bremen sind dem Senat seit Beginn der 21. Legislaturperiode und aktuell bekannt, und wie wurden beziehungsweise werden entsprechende Anfragen von der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH beziehungsweise der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung begleitet? Welche konkreten Flächenangebote wurden den Unternehmen mit welchem Ergebnis unterbreitet?
  - c) Inwiefern hat die Aussage aus Drucksache 20/572 vom 25. August 2020 „Der Senat schließt seit längerem die landesseitige Förderung von wehrtechnischen Aktivitäten bremischer Unternehmen aus“ vor dem Hintergrund der veränderten weltpolitischen Sicherheitslage sowie der Sondierungsergebnisse zwischen Union und SPD auf Bundesebene nach wie vor Bestand (bitte begründen)?
  - d) Welche Instrumente der bremischen Wirtschaftsförderung sind für etablierte Unternehmen und Start-ups der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie relevant und nutzbar? Inwiefern werden diese von Unternehmen mit Sitz beziehungsweise Niederlassung im Land Bremen tatsächlich genutzt?
  - e) Welche für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie relevanten, aber bislang nicht nutzbaren Instrumente der Wirtschaftsförderung sollten aus Sicht des Senats für diese nutzbar gemacht werden? Auf welchem Weg soll dies geschehen?
  - f) Wie bewertet und fördert der Senat das verteidigungsnahe, miteinander vernetzte Forschungs-, Technologie-, Start-up- und Wagniskapitalökosystem im Land Bremen im Hinblick auf möglichst optimale Bedingungen für Sprunginnovationen? Wie will er dieses Ökosystem gegebenenfalls noch stärker und zielgerichteter fördern?
7. An welchen öffentlichen Hochschulen im Land Bremen wurden in den vergangenen fünf Jahren welche Projekte mit welchem Volumen im Auftrag der Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und des Bundesministeriums der Verteidigung durchgeführt? (Bitte

tabellarisch auflisten sowie nach Jahren und Hochschulen sortieren.) Welche Projekte, für die es Interesse und Anfragen vonseiten der Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und des Bundesministeriums der Verteidigung gab, konnten wegen der Zivilklausel im Bremischen Hochschulgesetz sowie der hochschulinternen Zivilklauseln nicht im Land Bremen durchgeführt werden?

8. Durch welche Maßnahmen will der Senat Synergien zwischen ziviler Sicherheitsindustrie und militärische Verteidigungsindustrie beziehungsweise zwischen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und anderen Branchen im Land Bremen fördern, um die industriellen Potenziale besser ausschöpfen zu können?
  - a) Welche Rolle spielen dabei Dual-Use Technologien? Inwiefern will er diese Technologien strategisch noch zielgerichteter fördern (bitte erläutern und begründen)?
  - b) Inwiefern hat die Aussage aus Drucksache 20/572 vom 25. August 2020 „Der Senat konzentriert sich in seiner Wirtschafts- und Industriepolitik auf Aktivitäten und Maßnahmen für Unternehmen im Bereich der zivilen Sicherheitsindustrie“ vor dem Hintergrund der veränderten weltpolitischen Sicherheitslage sowie der Sondierungsergebnisse zwischen Union und SPD auf Bundesebene noch immer Bestand (bitte begründen)?
  - c) Welche Rolle misst er dabei der Abschaffung, Änderung beziehungsweise Beibehaltung der Zivilklausel im Bremischen Hochschulgesetz sowie der hochschulinternen Zivilklauseln bei (bitte begründen)?
9. Welche Rolle spielen Unternehmen und Beschäftigte der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in der „Fachkräftestrategie für die Freie Hansestadt Bremen 2023“ und bei deren konkreter Umsetzung? Welche Beschäftigungsperspektiven in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sieht der Senat für Beschäftigte im Land Bremen, die in anderen Zweigen der Industrie infolge des Strukturwandels und der angespannten Wirtschaftslage vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht beziehungsweise schon arbeitslos geworden sind, und was unternimmt er, um diese Beschäftigten auf freie Stellen, auch in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, zu vermitteln beziehungsweise sie, falls erforderlich, weiter zu qualifizieren?
10. Inwiefern besteht für Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im Land Bremen eine besondere Gefährdungslage, beispielsweise durch Anschläge, Spionage- und Sabotageangriffe physischer Art oder im Cyberraum und wie hat sich

diese in den vergangenen fünf Jahren konkret mit welchen Folgen manifestiert? Wie wird diesen Gefahren begegnet? Wie begleiten und unterstützen insbesondere Senat, Sicherheitsbehörden und Geheimdienste Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie im Land Bremen bei der Prävention, Abwehr und Verfolgung solcher Angriffe?

Theresa Gröninger, Bettina Hornhues, Susanne Grobien, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU